

ReArm Europe

Weißbuch der Kriegswirtschaft für die Ära der Aufrüstung

von Özlem Alev Demirel

Die große Aufgabe der heutigen Zeit sei es für die Europäische Union, sich für die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“ zu rüsten, forderte die heutige Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits im Februar 2019.¹ Im Unterschied zu damals, als man sich noch relativ fest an der Seite Washingtons wähnte, wird heutzutage jedoch nicht mehr „nur“ gegen Russland und bis zu einem gewissen Grad auch China, sondern zunehmend auch gegen die USA gerüstet. Überdeutlich wurde dieses Ziel in einem Entwurf des am 19. März 2025 veröffentlichten Weißbuchs Verteidigung der Europäischen Union („Readiness 2030“) formuliert, es findet sich aber auch – verbal ein wenig abgerüstet – in der schlussendlich veröffentlichten Version wieder.²

Um mit den USA künftig auf Augenhöhe rüsten zu können, sind immense Summen erforderlich. Vorschläge, wie diese aufgebracht werden könnten, unterbreitete Ursula von der Leyen bereits am 4. März 2025 mit ihrem Maßnahmenpaket zur „Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“), das dann mit dem „Weißbuch zur Europäischen Verteidigung“ als nun ranghöchstes Dokument der europäischen Rüstungspolitik einen breiteren Rahmen erhielt. Weil aber auch dafür Sorge getragen werden soll, dass die ganzen Milliarden vorwiegend in den Aufbau eines europäischen Rüstungskomplexes fließen, legte die Europäische Kommission bereits im März 2024 einen Vorschlag für ein Industrieprogramm für den Rüstungsbereich (EDIP) vor, an dessen Verabschiedung seither mit Hochdruck gearbeitet wird.

Dabei soll die Einführung kriegswirtschaftlicher Elemente den Ausbau der Produktionskapazitäten beschleunigen, um künftig europäische Großbestellungen „besser“ bedienen zu können. Dies dürfte ganz im Sinne von Manfred Weber sein, der als Chef der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament kürzlich forderte: „Angesichts der Bedrohungen müssen wir unser Denken in Europa jetzt auf Kriegswirtschaft umstellen. Das bedeutet beschleunigte Genehmigungsverfahren bei Rüstungsgütern. Das bedeutet mehr Zusammenarbeit zwischen den europäischen Rüstungsherstellern. Aber das kann auch bedeuten, dass die Rüstungshersteller künftig am Wo-

chenende im Schichtsystem arbeiten und Unternehmen, die bisher Industriegüter für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden.“³

Rüstungspolitischer Scheidungsantrag

Zwar werden im Vorbeigehen auch andere Bedrohungen gestreift, vor allem China wird genannt, aber neben Russland als Hauptbedrohung spielt eigentlich nur ein weiterer Akteur eine nennenswerte Rolle: die USA. Prägnant wurde in der Süddeutschen Zeitung die diesbezügliche Stoßrichtung des EU-Weißbuchs mit den Worten beschrieben, man habe „rhetorisch dezent, in der Sache aber eindeutig“ eine „Art Scheidungsantrag für die amerikanisch-europäische Ehe“ formuliert: „Seite um Seite werden in dem Dokument Initiativen aufgelistet, mittels derer die EU-Kommission Europas Armeen stärker machen und die Rüstungsindustrie des Kontinents auf- und ausbauen will. Und der strategische Kontext, in dem das alles stattfinden soll, ist eben nicht nur die wachsende Bedrohung durch Russland. Sondern ganz wesentlich die Tatsache, dass Europa alleine verteidigungsfähig – sprich: unabhängig – werden muss, weil es sich auf die Unterstützung durch die USA im Ernstfall nicht mehr hundertprozentig verlassen kann.“⁴

Dass die transatlantischen Beziehungen im Keller sind, ist nun kein großes Geheimnis, das Ausmaß des Misstrauens wird aber vor allem in einem Entwurf des Weißbuchs offensichtlich, der den Stand wenige Tage vor der Veröffentlichung widerspiegelte.⁵ Darin wird argumentiert, angesichts der „Hinwendung zur indopazifischen Region“ (sprich: der Auseinandersetzungen mit China) könne „Europa die Sicherheitsgarantie der USA nicht als selbstverständlich betrachten“⁶. Es existiere eine „zu große Abhängigkeit vom Schutz der USA“, die sich schädlich auf die Fähigkeiten der Europäischen Union ausgewirkt habe, „sich zu verteidigen und eigenständig in seiner Nachbarschaft zu agieren“⁷.

Die nachfolgende Passage ist in dieser Deutlichkeit dann durchaus spektakulär, wird hier doch unmissverständlich der Bedarf formuliert, sich aus der diagnosti-

zierten Umklammerung der USA zu lösen: „Die einzige Möglichkeit, diese Abhängigkeit zu überwinden besteht darin, die erforderlichen Kapazitäten über gemeinsame europäische Fähigkeitsprojekte zu entwickeln, besonders jetzt, da die USA ihre Herangehensweise überdenken und die Entscheidung in Betracht ziehen könnten, die Nutzung von Enablern [strategische Kernfähigkeiten] einzuschränken oder sogar zu stoppen“⁸.

Ungeachtet der Tatsache, dass es stets die europäischen Kooperationsprogramme waren, die mit den größten Verzögerungen und absurdesten Kostensteigerungen daherkamen, gelten sie nun als Königsweg, um die rüstungstechnologische Dominanz der USA zu brechen. Der europäische Markt sei „zu zersplittert“, was daran liege, dass die Staaten mit ihren Aufträgen „hauptsächlich auf die Inlandsmärkte ausgerichtet sind“⁹. Stattdessen sollen Bestellungen zukünftig zu europaweiten Großprojekten gebündelt werden, um so die „Stückkosten durch die Nutzung europäischer Größenvorteile zu senken“¹⁰.

Hierfür werden im Weißbuch sieben Kernbereiche ausgewiesen, in denen bislang nahezu ausnahmslos eine große Abhängigkeit von den USA besteht: 1. Luft- und Raketabwehr; 2. Artilleriesysteme; 3. Munition und Flugkörper; 4. Drohnen und Drohnenabwehrsysteme; 5. Militärische Mobilität; 6. KI, Quanteninformatik, Cyber- und elektronische Kriegsführung; 7. Strategische Enabler und Schutz kritischer Infrastruktur¹¹. Im Entwurf war sogar noch ein detailliertes Verfahren beschrieben, wie künftig europäische Rüstungsprojekte in Schlüsselbereichen auf die Schiene gesetzt werden sollen: „Zuerst muss eine EU-Lösung angestrebt werden; zweitens soll, möglicherweise mit Unterstützung der EU, mit europäischen Lieferanten über die Reduzierung von Preisen und Lieferzeiten verhandelt und dabei das erforderliche Leistungsniveau sichergestellt werden; drittens sollten die Mitgliedstaaten bei Verteidigungssystemen, für die es keine EU-Lösung [...] gibt, in Erwägung ziehen, [...] die vollständige Kontrolle zu verlangen; parallel dazu sollte die EU viertens die Entwicklung gleichwertiger europäischer Technologien und Fähigkeiten unterstützen“¹².

Europaweite Großaufträge erfordern logischerweise die Fähigkeiten, die entsprechenden Stückzahlen auch herstellen zu können: „Ein massiver Ausbau der Produktionskapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie ist eine Voraussetzung dafür, dass die Mitgliedstaaten die kritischen Fähigkeiten erwerben können, die ihnen derzeit fehlen“¹³. Hierfür kündigt das Weißbuch an, es solle ein Omnibus-Paket für Verteidigung vorgelegt werden. Dabei gehe es unter anderem um die „Ermöglichung der raschen Erteilung von Bau- und Umweltgenehmigungen für Industrieprojekte im Verteidigungsbereich als vorrangige Angelegenheit von öffentlichem Interesse“¹⁴. Augenscheinlich soll der Rüstungsindustrie der rote Teppich ausgerollt werden. Prägnant fasste dies EU-Rüstungskommissar Andrius Kubilius bei der Vorstellung des Weißbuchs folgendermaßen zusammen: „Wir müssen da-

für sorgen, dass die Verteidigungsindustrie ohne Hemmnisse wachsen kann.“¹⁵

Umschalten auf Kriegswirtschaft

Die grundsätzliche Richtung weg von den USA wurde bereits vor der Wahl Donald Trumps von der EU-Kommission mit einer europäischen Rüstungsindustriestrategie (engl. EDIS) im März 2024 vorgegeben. Schon darin wurden die massiven Zuwächse der Rüstungsbudgets zwar begrüßt, als zentrales Problem aber identifiziert, dass die daraus resultierenden Aufträge vor allem ins Ausland gingen: Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine stammten 78 Prozent aller neuen Rüstungsgüter aus Ländern außerhalb der EU, allein 63 Prozent der Aufträge würden die USA einstreichen (siehe auch ausführlich *AUSDRUCK*, Juni 2024). Diesen Anteil gelte es schnellstmöglich zu verringern, bis 2030 sollten mindestens 50 Prozent und bis 2035 60 Prozent der Rüstungsgüter aus einheimischer Produktion stammen. Die „Fähigkeit zur Massenproduktion einer großen Anzahl von Verteidigungsgütern“ durch die Umstellung auf ein „kriegswirtschaftliches“ Modell“ sei in diesem Zusammenhang „von entscheidender Bedeutung.“¹⁶

Ergänzend soll ein zeitgleich vorgelegter Vorschlag für ein Rüstungsinvestitionsprogramm (engl. EDIP) den Ausbau der Produktionskapazitäten unterstützen. Hierfür waren zunächst zwischen 2025 und 2027 Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro vorgesehen, mit denen länderübergreifende Ankäufe „einheimischer“ Produkte, aber auch eine „finanzielle Unterstützung für Maßnahmen“ geleistet werden soll, wie die „Lagerung von Verteidigungsgütern“, das „Vorhalten von Fertigungskapazitäten“ oder die „Ausweitung, Optimierung, Modernisierung, Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder die Schaffung neuer Produktionskapazitäten in diesem Bereich sowie die Schulung von Personal.“ Sogar Möglichkeiten für „Eingriffe in die Grundrechte der Unternehmen“, wie zum Beispiel die „unternehmerische Freiheit“, sollen möglich werden, um die Rüstungsproduktion ankurbeln zu können.¹⁷

Bei Verabschiedung würde EDIP als Verordnung europaweit geltendes Recht, weshalb es anschließend in das Trilog genannte Abstimmungsverfahren mit dem Rat und dem EU-Parlament ging. Die Berichterstatter des Parlaments – François-Xavier Bellamy (EVP, Konservative) und Raphaël Glucksmann (Sozialdemokraten, S&D) – schlugen daraufhin eine enorme Aufstockung des EDIP-Budgets auf 15 Mrd. Euro vor (plus Gelder für Waffenlieferungen an die Ukraine). Auch sollen künftig nur europäische Käuferkonsortien förderfähig sein, die aus mindestens fünf (nicht wie im ursprünglichen Kommissionsvorschlag drei) Staaten bestehen, wodurch damit bezweckte Konzentrationsprozesse weiter forciert werden sollen.¹⁸

Eine Verabschiedung der EDIP-Verordnung vor der Sommerpause ist zwar sehr wahrscheinlich, war aber bei

*Inflationsgeld der 1920er Jahre –
Jeder Mensch ein Millionär. Quelle:
Heimatismuseum und -Archiv Bad
Bodendorf/Josef Erhardt über
Museum Digital Deutschland.*



Redaktionsschluss noch nicht erfolgt. Vorschläge, wie die Gelder für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen mobilisiert werden sollen, liegen allerdings ebenfalls bereits auf dem Tisch.

Gelder für die Kriegswirtschaft

Eine Sache ist aus Sicht des Weißbuchs völlig unstrittig: „Es ist an der Zeit, dass Europa wieder aufrüstet. Für den Aufbau der erforderlichen Fähigkeiten und militärischen Bereitschaft zur glaubwürdigen Abschreckung bewaffneter Aggressionen und zur Sicherung unserer eigenen Zukunft ist eine massive Aufstockung der europäischen Verteidigungsausgaben erforderlich“¹⁹.

Um dies zu begründen, stellt das Weißbuch nassforsch die Behauptung in den Raum, die europäischen Militärausgaben lägen „unter denen Russlands“²⁰. Tatsächlich beliefen sich die europäischen Militärausgaben im Jahr 2024 aber laut Military Balance auf 457 Mrd. Dollar, die Russlands werden mit gerade einmal 145,9 Mrd. Dollar beziffert. Nur durch die Verrenkung über Angaben per Kaufkraftparität, denen zufolge Russland 2024 dann auf Ausgaben von 462 Mrd. Dollar kommen würde und auf die sich auch das Weißbuch bezieht, lässt sich der ganze europäische Rüstungswahn auch nur halbwegs der Öffentlichkeit verkaufen.²¹ Kaufkraftbereinigte Zahlen sind aber alles andere als unproblematisch: Die Military Balance gibt selber an, sie könne keine für die EU-Staaten zur Verfügung stellen und das in diesen Fragen führende SIPRI erachtet kaufkraftbereinigte Zahlen generell als ungeeignet, weil sich die Berechnungsgrundlage ziviler Güter und Dienstleistungen zu stark von militärischen unterscheiden würden.²²

Auf Grundlage dieser Zahlenspiele legte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits Anfang März 2025 mit ihrem Plan zur „Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“) ein Maßnahmenpaket vor, mit dem große Summen mobilisiert werden sollen und das dann auch vom Weißbuch aufgegriffen wurden:

Punkt 1: Es soll ein europäisches Finanzierungsinstrument mit dem Namen SAFE („Security and Action for Europe“) im Umfang von 150 Mrd. Euro eingerichtet werden. Darüber sollen den Mitgliedsstaaten zinsgünstige Darlehen für Investitionen im Verteidigungsbereich gegeben werden, was auch Rüstungsgüter für die Ukraine einschließt. Kredite sollen aber nur gewährt werden, wenn es sich um Ankäufe im Bereich der oben erwähnten Weißbuch-Schlüsselfähigkeiten handelt. Parallel dazu legte die EU-Kommission gleich auch einen SAFE-Verordnungsvorschlag vor, der die Möglichkeit eröffnet, SAFE-Projekte mit einer Mehrwertsteuerbefreiung zu beglücken. Außerdem wird darin festgehalten, dass bei SAFE-Projekten mindestens 65 Prozent der Komponenten aus europäischer oder ukrainischer Produktion stammen und der Einfluss von Drittanbietern stark begrenzt wird.²³

Punkt 2: Militärausgaben im Wert von bis 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes können mindestens für die nächsten vier Jahre von den Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Maastricht-Kriterien) ausgenommen werden. Dies soll dabei helfen, die europaweiten Militärausgaben von aktuell rund 2 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP anzuheben, was einer Gesamtsumme von 650 Mrd. Euro entspreche.

Punkt 3: Weiter soll an die Mittel der Kohäsionsfonds gegangen werden, die eigentlich über die Finanzierung von Umwelt und Infrastrukturmaßnahmen in den ärmeren Mitgliedsländern eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse befördern sollen. Hier geht es für die ärmeren Mitgliedsländer um beträchtliche Mittel, die nun auch für Rüstungszwecke nutzbar gemacht werden sollen: Im aktuellen EU-Haushalt 2021 bis 2027 sind laut dem Fachportal Bruxelles2 noch 204 Mrd. Euro unprogrammiert und könnten damit ganz oder teilweise umgelenkt werden.²⁴

Punkt 4: Die Europäische Investitionsbank (EIB) soll ebenfalls vor den Rüstungskarren gespannt werden. Lange war dies gänzlich tabu, dann erfolgte eine Öffnung für Güter mit doppeltem Verwendungszweck (dual-use). Nun

soll eine „Anpassung der Förderfähigkeitskriterien“ erfolgen, um sie „an die neuen politischen Prioritäten der EU anzupassen“²⁵. Angesichts der 89 Mrd. Euro, die 2024 an EIB-Krediten gezeichnet wurden, ist das diesbezügliche Potenzial ersichtlich, auch wenn zunächst einmal für 2025 „nur“ eine Verdopplung der sicherheitsrelevanten Beträge auf 2 Mrd. Euro beschlossen wurde.

Punkt 5: Es soll verstärkt privates Investitionskapital gewonnen werden. Das Weißbuch benennt explizit den Bedarf, bei den im Augenblick in Überarbeitung befindlichen Nachhaltigkeitskriterien mit einer „zusätzlichen Klarstellung“ zu gewährleisten, dass diese der „Finanzierung des Verteidigungssektors nicht“ entgegenstehen würden²⁶.

Punkt 6: Die vorigen Punkte waren alle bereits in von der Leyens ReArm-Europe-Plan enthalten. Das Weißbuch fügt darüber hinaus noch den Bedarf hinzu, im nächsten EU-Haushalt 2028 bis 2035, dessen Verhandlungen in Kürze beginnen werden, die rüstungsrelevanten EU-Eigenmittel deutlich zu erhöhen²⁷.

Die Ära der Aufrüstung

Obwohl in Teilen durchaus ambitioniert, bleiben im Weißbuch auch eine Reihe von Aspekten reichlich vage. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sie in der kommenden Zeit mit Substanz gefüllt werden. Vor allem ist offen, ob die Mitgliedstaaten tatsächlich bereit sein werden, die bitteren Pillen zu schlucken, die mit einem Konfrontationskurs nicht nur gegenüber Russland, sondern auch gegenüber den USA einhergehen würden.

Dies betrifft einmal die Frage, ob die EU-Staaten – gegebenenfalls auf Kosten ihrer heimischen Unternehmen – mehrheitlich gewillt sein werden, auf europaweite Lösungen setzen werden (und sich damit faktisch auch deutsch-französischen Führungsansprüchen unterzuordnen). Außerdem wird hier zwar mit hohen drei-, wenn alles zusammengezählt wird, sogar vierstelligen Milliardenbeträgen jongliert, aber letztlich handelt es sich doch alles um Schulden, die von den jeweiligen Nationalstaaten aufgenommen werden müssen. Und ob dies in dem Maße geschieht, wie sich das vorgestellt wird, ist ebenfalls keineswegs sicher. Deutliche Kritik, unter anderem unter Verweis auf eine zu einseitige Fixierung auf Aufrüstung, kam zum Beispiel aus Spanien und Italien, woraufhin als – eher kosmetische – Reaktion „ReArm Europe“ in „Readiness 2030“ umgetauft wurde.

Doch selbst wenn dies gelänge, wäre nichts damit gewonnen, wenn die Europäische Union ihren Hut als weiterer, dann auf weitgehend eigenständige Rechnung agierender, hochmilitarisierter Akteur in die Arena der sich verschärfenden Großmachtkonflikte werfen würde. Zumal für die hierfür erforderlichen Schulden wie ein Mühlstein an künftigen Haushalten hängen werden und die Umstellung auf Kriegswirtschaft keineswegs als künftiges Wachstumsmodell taugt. Die „Ära der Aufrüstung“

(Ursula von der Leyen), in der sich die Europäische Union im Kampf um die Aufteilung der Welt positionieren will, wird deshalb nicht nur mit einer steigenden Kriegsgefahr, sondern auch mit einer „Ära des verschärften Sozialabbaus“ einhergehen.

Anmerkungen

- ¹ Leyen, Ursula von der: Rede bei der 55. Münchner Sicherheitskonferenz, 15.02.2019.
- ² Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030, JOIN(2025) 120 final, Brüssel, 19.3.2025 (zitiert als WB).
- ³ „Wir müssen unser Denken in Europa jetzt auf Kriegswirtschaft umstellen“, Die Welt, 15.3.2025.
- ⁴ Europa bereitet die Scheidung von den USA vor, Süddeutsche Zeitung, 15.3.2025.
- ⁵ Der Entwurf wurde in diesem Artikel verlinkt: Jehin, Olivier: Un Livre blanc de la défense encore très brouillon. Avec deux jours pour revoir la copie, Bruxelles2, 17.3.2025.
- ⁶ WB-Entwurf, S. 1.
- ⁷ WB-Entwurf, S. 4.
- ⁸ WB-Entwurf, S.4.
- ⁹ WB, S. 15.
- ¹⁰ WB, S. 9.
- ¹¹ WB, S. 8f.
- ¹² WB-Entwurf, S. 12.
- ¹³ WB, S. 16.
- ¹⁴ WB, S. 11.
- ¹⁵ Vice-President Kaja KALLAS and Commissioner Andrius KUBILIUS on the White Paper for European Defence and the ReArm Europe Plan/Readiness 2030, Press conference, 19.3.2025.
- ¹⁶ Eine neue europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich, JOIN(2024) 10 final, Brussels, 5.3.2024, S. 7.
- ¹⁷ Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP), COM(2024) 150 final, Brüssel, den 5.3.2024.
- ¹⁸ Cannibaliser SAFE pour nourrir EDIP. Le projet du duo Bellamy et Glucksmann. Pour la première lecture d’EDIP au Parlement, Bruxelles2, 31.3.2025.
- ¹⁹ WB, S. 2.
- ²⁰ WB, S. 20.
- ²¹ Global defence spending soars to new high, Military Balance Blog, 12.2.2025.
- ²² <https://www.sipri.org/databases/milex/frequently-asked-questions#PPP>
- ²³ Proposal for a Council Regulation establishing the Security Action for Europe (SAFE) through the reinforcement of European defence industry Instrument, Brussels, 19.3.2025 COM(2025) 122 final.
- ²⁴ La Commission propose de mobiliser les fonds de cohésion pour la défense, Bruxelles2, 1.4.2025.
- ²⁵ WB, S. 20.
- ²⁶ WB, S. 23.
- ²⁷ WB, S. 23.